



Nacherhebung der Straßenausbaubeiträge für Rengelrode abgelehnt



Der Heiligenstädter Stadtrat stellt sich einstimmig gegen die Forderung der Aufsichtsbehörde, für den Ortsteil Rengelrode Straßenausbaubeiträge nachzuerheben. Foto: Marco Kneise

Rengelrode (Eichsfeld). Seit dem Amtsantritt von Bürgermeister Thomas Spielmann (BI) ist man sich bei einem Streitthema nie so einig gewesen. Der Stadtrat stellt sich einstimmig gegen die Forderung der Aufsichtsbehörde, für den Ortsteil Rengelrode Straßenausbaubeiträge nachzuerheben - es droht eine gerichtliche Auseinandersetzung vor dem Verwaltungsgericht in Weimar.

Es geht um die Baumaßnahme "Beberstraße" in Rengelrode. Hier hatte seinerzeit CDU-Bürgermeister Bernd Beck gesagt, dass keine Beiträge für die Sanierung der Stützmauer fällig werden. Der Stadtrat war ihm gefolgt - allerdings kann dieses Versprechen nicht aufrecht erhalten werden. SPD-Fraktionsmitglied Heinz Funke erklärte in der Stadtratssitzung an die Adresse der 1. Beigeordneten Ute Althaus (CDU), sie war seinerzeit bereits im Amt, dass man nichts versprechen dürfe, was man am Ende nicht halten kann. "Wenn einmal Unrecht versprochen wurde, dann wird es dadurch nicht richtiger, dass man es weiter erhält", erklärte sie.

Ute Althaus hatte an die Stadträte appelliert, keine Hoffnungen bei den Rengelrödern zu schöpfen, die man am Ende nicht erfüllen kann, und an den gefassten Grundsatzbeschluss erinnert, in dem die Stadträte bekundet hatten, Straßenausbaubeiträge bei verschiedenen Maßnahmen - auch in Rengelrode - nacherheben zu wollen. Das haben Rechnungsprüfungsamt und Kommunalaufsicht gefordert.

Die Überraschung: Kein einziger Stadtrat hat seine Zustimmung zur Nacherhebung der Straßenausbaubeiträge in Rengelrode gegeben. Damit wird auf Konfrontation mit der Kommunalaufsicht gegangen. Von der Aufsichtsbehörde war gestern zu erfahren, dass der Bürgermeister diesen Beschluss - den er selbst nicht mitgetragen hatte - beanstanden müsse und er dem Stadtrat dann erneut zur Entscheidung vorzulegen ist. Geht er dann, hiervon ist auszugehen, wieder nicht durch, wird es einen Bescheid der

Kommunalaufsicht geben, dass die Ausbaubeiträge zu erheben sind.

Soweit bis dahin. Gegen diesen Bescheid gebe es die Möglichkeit der Klage. Die müsse, sollte der Fall eintreten, vor dem Verwaltungsgericht in Weimar erhoben werden, erklärte Herrmann Martini von der Aufsichtsbehörde im Gespräch mit unserer Zeitung. "Wir möchten mit diesem Abstimmungsergebnis die Rechtsmittel ausschöpfen", erklärte der Bürgermeister und machte keinen Hehl daraus, dass man sich in den Fraktionen zuvor abgesprochen und geeinigt hatte.

Der Beschluss, sagt er, passiere nicht in Unkenntnis der rechtlichen Lage, man wolle dennoch sehen, was herauskommt. Denn das Versprechen, das seinerzeit abgegeben worden ist, nehme man ernst. Allerdings bedeutet die Ablehnung der Stadträte nicht, dass nicht doch irgendwann Straßenausbeiträge erhoben werden könnten - das entscheidet im Zweifel ein Gericht. Darauf wollen es die Stadträte ankommen lassen. "Das war ein deutliches und gutes Zeichen", sagte Stadtrat Klaus-Peter Fröbrich (BI) am Donnerstag unserer Zeitung.

Fabian Klaus / 20.09.13 / TLZ

Z0H0000023919



Videos, die Sie interessieren könnten

powered by Taboola



Feuchtgebiete (Teaser)



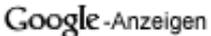
87-Jähriger kracht mit Auto in Wohnzimmer



Weiße Löwen-Babys verzücken Zoobesucher

6-9% Zinsen Geldanlage

EEV-AG.de/Festgeld_Alternative

Genussrecht vom Energieversorger 6-9% Zinsen. ab 1000€. kein A -Anzeigen